

Antrag

**der Abgeordneten Andrea Lederer, Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt),
Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS/Linke Liste**

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte“

Der Bundestag wolle beschließen:

Die politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte ist in erster Linie ein Prozeß der Arbeit in den Archiven und der kritischen und kontroversen öffentlichen Auseinandersetzung. Einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages käme dabei die Rolle zu, einen Beitrag im Rahmen einer breitangelegten öffentlichen Erörterung über Staat und Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik zu leisten. Der Deutsche Bundestag ist sich dabei bewußt, daß kritische Aufarbeitung immer auch den Gefahren parteipolitischer Instrumentalisierung unterliegt. Gerade deshalb sollte auch die Aufarbeitung der DDR-Geschichte in den Gesamtzusammenhang einer umfassenden gesellschaftlichen Diskussion gestellt werden.

Der Deutsche Bundestag ist sich ferner der Tatsache bewußt, daß die wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR-Geschichte nicht isoliert, sondern nur im gesamtdeutschen und internationalen Kontext erfolgen sollte:

DDR-Geschichte kann nur dann vollständig erfaßt werden, wenn sowohl Integration der Deutschen Demokratischen Republik und ihres gesellschaftlichen Systems im Rahmen des Warschauer Vertrags und des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe sowie die besondere Stellung der früheren Sowjetunion als Führungsmacht der sozialistischen Staatengemeinschaft als auch die Systemgegensätze zwischen Ost und West, insbesondere die speziellen Beziehungen zur alten Bundesrepublik Deutschland näher beleuchtet werden.

Ferner findet die gegenwärtige Diskussion um die historische Aufarbeitung, anders als in den übrigen ehemaligen realsozialistischen Gesellschaften, in der Bundesrepublik Deutschland unter zwei besonderen Aspekten statt. Zum einen überwiegt das Moment der bloßen Abrechnung mit dem DDR-System seitens des „historischen Siegers“, der alten Bundesrepublik Deutschland. Zum anderen muß sich die Aufarbeitung als ein gesamtdeutsches

Unternehmen vollziehen, um vor allem die zahlreichen Wechselwirkungen in den damaligen deutsch-deutschen Beziehungen zu erfassen.

Der Deutsche Bundestag ist sich der daraus erwachsenden politischen Verantwortung und der Anforderungen an die Enquete-Kommission bewußt, die historische politische Aufarbeitung an Maßstäben zu orientieren, die zu einem differenzierten, sachlichen Bild der Beurteilung statt zu bloßer pauschaler Abrechnung führen.

Die Enquete-Kommission läßt sich in ihrer Arbeit daher von folgenden Prinzipien leiten:

- Unumstritten besteht die Notwendigkeit einer sachlichen und differenzierten Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Dies erfordert eine Auseinandersetzung mit vielfältigen Unterdrückungsmechanismen. Gleichzeitig ist zu beachten, daß die politische Stabilität der Deutschen Demokratischen Republik nicht zuletzt auch darin ihre Ursache hatte, daß es Leistungen und Werte in der Deutschen Demokratischen Republik gab, die die Zustimmung vieler Bürgerinnen und Bürger fanden.
- Die pauschale Formel vom „Unrechtsregime Deutsche Demokratische Republik“ ist einer wissenschaftlichen Kritik und Untersuchung zu unterziehen. Zu berücksichtigen ist, daß die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik den legitimen Versuch darstellte, zu den aggressiven und antidemokratischen Traditionen in Deutschland eine Alternative zu schaffen. Die Deutsche Demokratische Republik war ein völkerrechtlich anerkannter souveräner Staat, sie war Mitglied der Vereinten Nationen.
- Die Ursachen des Scheiterns dieses Versuchs sind zu ergründen, wie auch Verantwortung und Schuld zu benennen sind.
- „Aufarbeitung der Geschichte“ darf nicht als Rachefeldzug und Inquisition betrieben werden.
- Aufarbeitung der DDR-Geschichte muß von den Wechselbeziehungen der Nachkriegsgeschichte zwischen beiden deutschen Staaten und deren Einbindung in internationale Kräftekonstellationen und spezifische Bündnisse ausgehen.
- Da von einer Konfrontation zwischen Siegern und Besiegten abgerückt werden muß, geht es auch um die Aufarbeitung der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts in ihrer Gesamtheit. Dies erfordert auch eine kritische Aufarbeitung der Geschichte der Alt-Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich antidemokratischer und rechtsstaatswidriger Fehlentwicklungen. Die Auseinandersetzung mit der Deutschen Demokratischen Republik darf nicht die ungenügende Bewältigung des faschistischen Erbes verdecken und rechtsextremistischen Tendenzen neue Nahrung geben.

Der Enquete-Kommission stellen sich daher unter anderem die folgenden Aufgaben:

Die Ursachen der Teilung Deutschlands nach 1945, der Abkommen von Jalta und Potsdam sowie der Politik der vier ehemaligen Siegermächte zu ergründen.

- Wer war für die Teilung Deutschlands verantwortlich?

Welche Politik verfolgten die drei westlichen Siegermächte, welche die Sowjetunion?

Welche spezifischen Optionen verfolgte die deutsche Verwaltung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), und inwieweit hatte sie unter den Bedingungen eines Besatzungsregimes Spielräume zu ihrer Realisierung?

- Inwieweit war die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik auch Ausdruck einer Massenbewegung für eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung in Deutschland, für eine sozialistische Alternative?
- Welche Rolle spielten die Politik der Bundesregierung in der Ära Adenauer gegenüber der SBZ bzw. nach 1949 gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und die Initiativen der Sowjetunion und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in bezug auf die Einheit Deutschlands?

Wer schlug die Türen zuungunsten der Einheit zu?

Warum lehnte Bundeskanzler Adenauer 1952 die Möglichkeit der Herstellung der Einheit Deutschlands ab (Stalin-Note)?

Welche Konsequenzen hatte Adenauers Konzept „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb“ für die Politik in der sowjetisch besetzten Zone?

Warum hatte die ostdeutsche Initiative „Deutsche an einen Tisch“ Anfang der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland keine Chance, und welche Auswirkungen hatte das für die DDR-Politik?

- Warum erfuhren die Konföderationsvorschläge Mitte/Ende der sechziger Jahre von westdeutscher Seite eine Ablehnung?
- Inwieweit gab es in der antifaschistisch-demokratischen Phase in der SBZ bis 1948/1949 und mit der ersten Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1949 positive Erfahrungen einer demokratischen Erneuerung?

Gab es Spielräume für einen „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“?

Welche Unterschiede gab es zwischen den Verfassungen von 1949 und von 1968?

Inwieweit klafften Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit auch nach 1968 auseinander?

- Wie vollzog sich in beiden deutschen Staaten die Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit?

Welche Schritte wurden durch die Siegermächte, die neu gegründeten Parteien und die beiden deutschen Staaten zur „Umerziehung“, zur Entnazifizierung und zur Bestrafung von Verantwortlichen unternommen?

Die Deutsche Demokratische Republik als souveräner Staat an der westlichen Nahtstelle des von der Sowjetunion dominierten Machtbereichs.

- Welche direkten und indirekten Abhängigkeiten bestanden seitens der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber der Sowjetunion?

Inwieweit war die Außen-, Sicherheits- und Innenpolitik der DDR-Regierung eigenständig, und inwieweit war sie fremdbestimmt?

Welche innen- und außenpolitischen Spielräume besaß die politische Führungselite der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber ihrer östlichen Vormacht?

Was unterschied die poststalinistische von der stalinistischen Phase?

Welche Differenzen gab es auf welchen Gebieten zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik bis 1985?

Welche innen- und außenpolitischen Spielräume besaß die DDR-Führung mit Beginn der Ära Gorbatschow, und wie reagierte sie auf die Veränderungen?

- Welche Auswirkungen hatte die trotz aller Verträge und Kontakte nie aufgegebene Absicht der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik zu beseitigen, auf die Politik und Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik?

- Welche Rolle spielten die Beziehungen der Großmächte und die Blockkonfrontation für die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen?

Welche grundlegenden Wirkungen hatten Vereinbarungen der Großmächte und Entscheidungen der Militärblöcke auf die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland?

- Gab es eine Abstimmung zwischen den USA und der UdSSR zum Bau der Mauer?

- Welche Auswirkungen hatte die Remilitarisierung in der damaligen Bundesrepublik Deutschland (1956) auf die Sicherheitsdoktrin der Deutschen Demokratischen Republik (Gründung der Nationalen Volksarmee; Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Warschauer Vertrag; Einbindung der Deutschen Demokratischen Republik in die sowjetische Sicherheitsdoktrin gegenüber der NATO-Doktrin)?

Welche Rolle spielte die Hallstein-Doktrin und ihre Durchsetzung auf allen Gebieten für die Politik der DDR-Führung und für die Einstellung der DDR-Bevölkerung?

Inwieweit bewirkte die Politik der ökonomischen Ausgrenzung eine nahezu totale Abhängigkeit von der Sowjetunion?

- Wie veränderte sich die Doktrin der SED bezüglich der Wahrung der inneren wie äußeren Sicherheit?

Wie deformierte der kalte Krieg die Rechtspolitik in beiden deutschen Staaten, insbesondere in bezug auf das politische Strafrecht?

Welche inneren Entwicklungen in der Deutschen Demokratischen Republik vollzogen sich infolge des Übergangs vom Zeitalter des kalten Krieges zur westöstlichen Entspannungspolitik?

Warum wurde der Widerspruch zwischen Außen- und Innenpolitik, hier besonders der Sicherheitspolitik, insbesondere in den Jahren des Grundlagenvertrages und des Helsinki-Prozesses der KSZE größer?

Welche Wirkung hatte die Außenpolitik auf die Politik nach innen?

Inwieweit hat die damalige SED-Führung die Entspannung und Friedensinitiativen gegenüber dem Westen, speziell gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, durch erweiterte Maßnahmen zur Stabilisierung ihres Herrschaftssystems nach innen zu kompensieren versucht?

Inwieweit bot die Einbindung der Deutschen Demokratischen Republik in den Entspannungs- und KSZE-Prozeß den oppositionellen Bürger- und Menschenrechtsbewegungen einen gewissen Schutz vor staatlicher Willkür und Verfolgung infolge außenpolitischer Rücksichtnahmen seitens der DDR-Führung?

Inwieweit wurde diese Situation durch bundesdeutsche Geheimdienste genutzt?

- Welche Absprachen gab es zwischen den Mitgliedern des Politbüros und Bonner Politikern über den Umgang mit der DDR-Opposition?

Warum wurde seitens der Bundesrepublik Deutschland in informellen Gesprächen mit Vertretern der SED empfohlen, im Interesse der Erhaltung der Dialogfähigkeit der SED-Führung Widersprüche und Konflikte innerhalb der SED nicht auszutragen.

- Inwieweit hat die westliche Entspannungspolitik in der Deutschen Demokratischen Republik zu einem „Wandel durch Annäherung“ beigetragen?

Welchen direkten und indirekten Einfluß übte die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich ihrer besonderen wirtschaftlichen Handelsbeziehungen auf die Politik der Deutschen Demokratischen Republik aus?

War der völkerrechtliche Grundlagenvertrag von 1972 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland für die Deutsche Demokratische Republik stabilisierend oder nicht?

- Welche Rolle spielten die Parteibeziehungen für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland (SPD-SED, FDP-LDPD, CDU-CDU)?

- Welche positiven Auswirkungen hatten die Existenz und Politik der Deutschen Demokratischen Republik auf Staat, Recht und soziale Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland?

Die Macht- und Herrschaftsstrukturen in der Deutschen Demokratischen Republik: die „führende Rolle“ der SED, begründet in ihrer „marxistisch-leninistischen“ Ideologie, zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

- Wie setzte die SED-Führung ihre Macht gegenüber anderen gesellschaftlichen Bereichen, den Staats- und Verwaltungsapparaten, den sogenannten Blockparteien und Massenorganisationen, der Justiz, den volkseigenen Betrieben und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften durch?

Inwieweit gab es Ansätze einer wirksamen politischen Interessenartikulation von unten?

Wie und auf welchen Gebieten gab es politische und gesellschaftliche Autonomie und reale Teilhabereformen?

- Wie funktionierten Machtstrukturen, Arbeitsteilung und Kaderpolitik der herrschenden „Nomenklatura“?

Wie funktionierten die Strukturen und Arbeitsweisen des Politbüros, des ZK-Sekretariats und der Abteilungen des ZK der SED?

- Wie stellte die SED gegenüber dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ihre führende Rolle sicher?

War das MfS, zumindest partiell, auch ein „Staat im Staate“?

Wie sah die Zusammenarbeit, Abhängigkeit des MfS gegenüber den sowjetischen Geheim- und Sicherheitsdiensten aus?

In welcher personellen und materiellen Relation standen die unterschiedlichen Aufgaben des MfS?

Welche Rolle spielten der westdeutsche Bundesnachrichtendienst (BND) und andere westliche Geheimdienste in der Deutschen Demokratischen Republik?

Die Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik.

- Welche Folgen hatte die Konstituierung des Volkseigentums als Staatseigentum und seine Realisierung auf Basis des Prinzips des demokratischen Zentralismus?

Warum blieben die vielfältigen Versuche, sich mit einem neuen Wirtschaftssystem von dem von der UdSSR übernommenen Modell einer zentralen bürokratischen Kommandowirtschaft zu befreien, letztendlich erfolglos?

Wie sind die einzelnen Etappen der DDR-Wirtschaftsgeschichte zu beurteilen?

Welche Wirkungen zeitigte die Einbindung der DDR-Wirtschaft in den RGW-Markt auf die ökonomische und wissenschaftlich-technische Entwicklung?

– Wie sind die Reaktionen der DDR-Führung auf die Embargopolitik des Westens hinsichtlich moderner Technologien zu beurteilen?

– Wie kam es zu der einseitigen Unterordnung des Außenhandels unter Beschaffungsziele und Zahlungsbilanzzwänge?

Welche Rolle spielten bei der künstlichen Verlängerung der gescheiterten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ das „KoKo-Imperium“ und seine Partner in der Wirtschaft und Politik der Bundesrepublik Deutschland?

Welchen Anteil am Niedergang der DDR-Wirtschaft und damit der ganzen Gesellschaft hatte die Strategie der ökonomischen Zersetzung der Deutschen Demokratischen Republik mittels Krediten?

– Wer entschied und bestimmte über die Volkswirtschaftspläne, wer kontrollierte sie?

Welche Rolle spielte die zwar offiziell verbotene, aber ebenso tolerierte „Schattenwirtschaft“ an den offiziellen Plänen vorbei?

Das Alltagsleben und -bewußtsein der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik.

– Welche Rolle spielten und in welchem Verhältnis standen soziale Leistungen und Sanktionsmaßnahmen?

Worin bestand der Unterschied zwischen dem Alltagsleben der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland?

Inwieweit gab es ein eigenständiges DDR-Staatsbewußtsein?

– Welche staatliche Förderung erhielten Kunst und Kultur?

Wie kam es, daß sich in der Deutschen Demokratischen Republik international anerkannte künstlerische Leistungen entwickeln konnten?

Inwieweit war diese Förderung mit Disziplinierung verbunden?

Konnte sich in der Deutschen Demokratischen Republik eine Alltagskultur und -subkultur entfalten?

In welchem Verhältnis stand sie zur offiziellen Kulturpolitik des Staates?

– Welche Rolle spielten die Kirchen im Alltagsleben der Deutschen Demokratischen Republik und in den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland?

– Welche Rolle spielte das Recht im Leben der DDR-Gesellschaft?

Wie ist das Verhältnis von Bürgernähe vieler rechtlicher Regelungen einerseits und von politischer Repression auf einer Reihe von Gebieten andererseits zu bewerten?

Weshalb war die Kriminalitätsrate im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland so niedrig?

- Welche Rolle spielten soziale Geborgenheit und der solidarische Umgang miteinander?

Welche reale Bedeutung hatten solche Rechte wie das Recht auf Arbeit, auf Gleichberechtigung von Mann und Frau, auf Wohnen, auf Bildung und auf medizinische Versorgung?

Bonn, den 11. März 1992

Andrea Lederer

Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt)

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages wird ihrer Verantwortung, einen spezifischen Beitrag zur Aufarbeitung der Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik zu leisten, nur gerecht werden können, wenn sie sich selbst ein möglichst umfassendes und zugleich differenziertes Bild von diesen Verhältnissen macht und sich in ihrer Arbeit auf umfassende wissenschaftliche Analysen stützt.